

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

17. WP - 48. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. Mai 2011, 10 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Sönnichsen (CDU)

Marion Herdan (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Vorsitzender

i. V. v. Johannes Callsen

i. V. v. Astrid Damerow

### **Fehlende Abgeordnete**

Jürgen Weber (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| <b>Tagesordnung:</b>  | <b>Seite</b> |
|---|--------------|
| <b>1. Kommunalbericht 2011 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein</b>                   | 4            |
| <b>2. Gespräch mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank, Dr. Paul Lerbinger</b> | 6            |
| <b>3. Terminplanung für das zweite Halbjahr 2011</b>  | 7            |
| Umdrucke 17/2269 und 17/2270  |              |
| <b>4. Information/Kenntnisnahme</b>   | 8            |
| Umdruck 17/2115 - Datenverarbeitungsverfahren „Kasse21“                                     |              |
| Umdruck 17/2201 - Haushaltsreste 2010   |              |
| Umdruck 17/2202 - Vorlage der Unterlagen durch die Ressorts                                 |              |
| Umdruck 17/2203 - Energiemanagement in den Wohnheimen                                       |              |
| Umdruck 17/2204 - Grundstücksangelegenheiten  |              |
| Umdruck 17/2302 - Tollwutimpfstoff  |              |
| <b>5. Verschiedenes</b>   | 9            |

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Abg. Heinold beantragt, die Tagesordnung um den Punkt „Ausschreibung Stromversorgung“ zu erweitern. Im Zuge der Diskussionen über einen Ausstieg aus der Atomkraft habe der Landtagspräsident angeregt, dass sich der Finanzausschuss des Landtags damit befassen solle, ob der Landtag künftig bei seinem Strombezug auf Atomstrom verzichten könne. Mit Schreiben vom 2. Mai 2011 habe der Landtagsdirektor die Parlamentarischen Geschäftsführer und den Vorsitzenden des Finanzausschusses darüber unterrichtet, dass eine dementsprechende Anpassung der laufenden Ausschreibung der GMSH bis zum 6. Mai 2011 möglich sei.

Die Abg. Loedige und Koch lehnen eine Beschlussfassung in dieser Sitzung ab, weil weder sie noch die Fraktionen sich mit dem an die Parlamentarischen Geschäftsführer gerichteten Schreiben des Landtagsdirektors vom 2. Mai 2011 und insbesondere der Frage der finanziellen Auswirkungen hätten befassen können.

Der von Abg. Heinold gestellt Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt und die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Kommunalbericht 2011 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein**

MDgt Asmussen führt in den Kommunalbericht des Landesrechnungshofs 2011 ein. Die Finanzsituation der Kommunen habe sich weiter verschlechtert. Von der bis Ende 2009 aufgelaufenen Defizitsumme von knapp 700 Millionen € entfielen 60 % auf die vier krisfreien Städte (davon 2/3 auf die Hansestadt Lübeck), 30 % auf die Kreise und 10 % auf rund 100 Kommunen. Auch die Kommunen müssten ihre Haushalte konsolidieren und ihren Beitrag zur Einhaltung der Schuldenbremse leisten. Der Hartz IV-Kompromiss bringe ab 2014 eine Entlastung von 110 Millionen €. Die Unterstützung finanziell besonders belasteter Kommunen sei zu begrüßen (zum Beispiel durch einen Schuldenfonds) und mit einer tatsächlichen, nachprüfbaren Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung zu verbinden.

MDgt Asmussen lobt die Organisation des Büchereiwesens; angesichts der Finanzlage sollten allerdings Ausleihgebühren von 15 bis 20 € jährlich erhoben werden. Zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen schlage der Rechnungshof Vereinfachungen vor und leiste Formulierungshilfe für Vertragsabschlüsse. Schließlich erfordere die Haushaltslage eine Kreisgebietsreform, die langfristig zu deutlich höheren dauerhaften Einsparungen führe als Kooperationen.

Abg. Loedige fragt nach Fortschritten bei der Anwendung der Doppik und macht darauf aufmerksam, dass die Fusion von Kreisen auch Kosten verursache.

Abg. Herdejürgen zeigt sich interessiert an näheren Erkenntnissen zur Kreisgebietsreform, kommunalen Schuldenbegrenzung/Schuldenfonds und Bearbeitung kommunaler Leistungen für Unterkunft und Heizung.

Abg. Harms thematisiert die Frage einer Gemeindegebietsreform.

MDgt Asmussen macht noch einmal deutlich, zur Unterstützung der Kommunen bei der Umstellung auf Doppik und der Aufstellung der Eröffnungsbilanz sei es auf allen Ebenen notwendig, das entsprechende Personal zu schulen. Selbstverständlich unterstütze der Rechnungshof Kooperationsbemühungen, langfristig erfolgversprechender und wirtschaftlicher sei jedoch eine Gebietsreform. Die Bearbeitung der kommunalen Leistungen für Unterkunft und Heizung könnte sich nach der Neuorganisation der Jobcenter und mit stärkerer Unterstützung seitens der Rechtsaufsicht erheblich verbessern.

Der Finanzausschuss will die Beratung über den Kommunalbericht am 9. Juni 2011 fortsetzen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Gespräch mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank, Dr. Paul Lerbinger**

St Dr. Zieschang bedankt sich beim neuen Vorstandsvorsitzenden für die konstruktive Zusammenarbeit in den letzten zwei Monaten.

Nach einer kurzen persönlichen Vorstellung begründet Dr. Lerbinger die Übernahme des neuen Amtes damit, dass die HSH Nordbank ein vernünftiges, erfolgversprechendes Geschäftsmodell habe, das im Gegensatz zu anderen Landesbanken stark auf Kundenorientierung basiere, und mit der durchgeführten Restrukturierung auf die Region sowie auf bestimmte Sektoren und langjährige Kunden fokussiere.

Auf Fragen aus dem Ausschuss macht er deutlich, die Standortfrage sei eine politische Entscheidung; beide Standorte Hamburg und Kiel seien im Kontext der Gesamtbank wirtschaftlich bedeutsam. Der Anteil des Zinsergebnisses solle zugunsten anderer kundenorientierter Produkte zurückgefahren sowie die öffentliche Berichterstattung über die Bank und die Refinanzierung verbessert werden.

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen des Finanzausschusses für das Gespräch mit dem Ausschuss und verbindet mit den guten Wünschen für den neuen Vorstandsvorsitzenden die Erwartung, dass sich die Kommunikation der Bank mit der Politik verbessere.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Terminplanung für das zweite Halbjahr 2011**

Umdrucke 17/2269 und 17/2270

Der Ausschuss legt die Termine für die Sitzungen des Finanzausschusses und der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung im zweiten Halbjahr 2011 fest, Umdrucke 17/2269 und 17/2270. Der Vorsitzende beabsichtigt, Ende des Jahres eine gemeinsame Sitzung mit dem Haushaltsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft durchzuführen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 17/2115 - Datenverarbeitungsverfahren „Kasse21“

Umdruck 17/2201 - Haushaltsreste 2010

Umdruck 17/2202 - Vorlage der Unterlagen durch die Ressorts

Umdruck 17/2203 - Energiemanagement in den Wohnheimen

Umdruck 17/2204 - Grundstücksangelegenheiten

Umdruck 17/2302 - Tollwutimpfstoff

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Der Finanzausschuss verzichtet zukünftig auf den Bericht der Landesregierung zur Vorlage der Unterlagen durch die Ressorts zur Aufstellung der Haushaltsrechnung (Umdruck 17/2202).

Abg. Heinold lobt das Energiemanagement in den Wohnheimen des Studentenwerks (Umdruck 17/2203).



Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Der Finanzausschuss lässt sich am 18. Mai 2011 ab 14:30 Uhr gemeinsam mit dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss von der Landesregierung über den aktuellen Sachstand zu den Beratungen zum **Glücksspielstaatsvertrag** auf Bundesebene informieren.
- b) Am 26. Mai 2011, 14:30 Uhr, werden der Innen- und Rechtsausschuss sowie der Finanzausschuss gemeinsam über den **Gesetzentwurf der Landesregierung zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung** in Schleswig-Holstein, Drucksache 17/1452, beraten, der in der Mai-Tagung des Landtags in erster und zweiter Lesung behandelt werden soll.
- c) St Dr. Bastian teilt mit, um die Beschaffung der **Kommunen** über **Dataport** weiter zu gewährleisten, müssten die Kommunen formal an Dataport beteiligt werden. Geplant sei die Gründung eines gemeinsamen kommunalen Unternehmens, dem Kommunen freiwillig beitreten könnten. Es sei beabsichtigt, in den nächsten Doppelhaushalt eine haushaltsrechtliche Ermächtigung für eine entsprechende Haftungsfreistellung aufzunehmen. Über diese Absicht werde er den Finanzausschuss sowie den Innen- und Rechtsausschuss schriftlich unterrichten.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer